

**Die Linke Sachsen Landesverband
Landesrat**

Aktenzeichen: 2.18

Niederschrift der Sitzung des Landesrates 23. März 2013

Ort: Haus der Begegnungen im „Zeitgeist“, Großenhainer Str. 93, 01127 Dresden

Anwesende Mitglieder:

s. Anwesenheitsliste 25 Mitglieder

Entschuldigte Mitglieder:

Edeltraud Bacher, Ellen Eichhorn, Rosemarie Jahn, Frank-Uwe Wolf, Angelika Schubert, Saskia Berndt, Dirk Wagner, Petra Ertel

Mitglieder mit beratender Stimme / Gäste:

Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin, Rico Gebhardt, Landesvorsitzender, Thomas Kind, MdL

Niederschrift: Marina Brandt

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Protokoll vom 26. Januar 2013

DS 3 – 185 - 1 Unterstützung des Projekts „Die Linke hilft“

DS 3 – 207 Arbeitsgremien für die Landesparteitage 2013/2014

DS 3 – 208 Arbeitsgremien für die Landesvertreterinnenversammlung am 27. April 2013

DS 3 – 210 Unterstützung Aktionstag gegen die „Deutsche Stimme“ am 8. Juni 2013

DS 3 – 213 Debatte des Leitantrages zum Bundesparteitag in den Gliederungen des LV Sachsen

DS 3 – 214 Verfassungsdebatte im LV Sachsen

DS 3 – 217 Bericht aus der Steuerungsgruppe „Dialog für Sachsen“

Antragsübersicht des 8. Landesparteitages am 27. April 2013 in Schkeuditz

Tagesordnung

1	Begrüßung und Beschluss über TO	5´
2	Protokollkontrolle	5´
3	Diskussion zum Thema: „Eine moderne Linke und der 17. Juni [1953]“	90´
4	Wahl der Sprecherinnen des Landesrates	30´
	Mittagspause	45´
5	Auswertung der Beratung der gewählten Gremien am 23. Febr. in Weinböhla	60´
6	Bericht aus dem Landesvorstand	20´
7	Bericht aus der Landtagsfraktion	20´
8	Anträge, Sonstiges	20´
	Gesamt	295´

TOP 1 - Begrüßung und Beschluss über TO

Die Tagesordnung ist bestätigt

Information:

Am TOP 5 nimmt Rico Gebhardt, Landesvorsitzender der Partei Die Linke Sachsen teil.

Da der Landesrat neu gewählt wurde beginnt die Sitzung mit einer Vorstellungsrunde

TOP 2 – Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung, am 26. Januar 2013 wurde bestätigt.

TOP 3 – Diskussion zum Thema: „Eine moderne Linke und der 17. Juni [1953]

Ein einführendes Referat hält: Prof. Dr. Siegfried Prokop, Historiker aus Bernau b. Berlin

Herr Prof. Prokop begann mit einer Darstellung der historischen Forschungen, die er selbst durchgeführt hat und gab u.a. Information über die Archivbenutzung.

Er möchte eher Fragen zum 17. Juni stellen und verweist auf Bücher, die dazu schon erschienen sind.

Bereits seit den 1970'iger Jahren beschäftigt sich Prof. Prokop mit Themen zur Geschichte der DDR, die oft Anlass waren für Konflikte innerhalb der Gesellschaft u.a. auch der 17. Juni 1953.

Er fand im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Themas u.a. im Archiv des Kulturbundes der DDR eine Einschätzung der Lage, die bereits im Febr./ März 1953 verfasst wurde. Eine „Enquete über die Lage der Intelligenz“, die erst 1989 veröffentlicht werden konnte, bis dahin blieb sie der Öffentlichkeit verschlossen im Archiv liegen.

In der Humboldt Universität Berlin hat er den Studenten schon seit 1979 im Rahmen des Lehrstoffes als Hochschullehrer, seine Forschungsergebnisse vermittelt.

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-2-131>

Nun zum 17. Juni

Offiziell von staatlicher Seite in der DDR, war es ein faschistischer Putsch und Streiks und Demos wurden als angezettelte Aktion bezeichnet

Mythos oder Wahrheit ist in vielen Dingen miteinander verknüpft, so auch in diesem Fall.

Z.B. die Info das angeblich Sowjetsoldaten erschossen wurden, weil sie sich weigerten auf Arbeiter zu schießen, es ist eine Lüge gewesen und benutzt worden von westlicher Seite, um Propaganda im Sinne der eigenen Interessen zu machen, es wurde behauptet, das es angebliche Guerillakämpfe in Ostdeutschland (Kleinkrieg von Gruppen) gebe.

Hauptursachen dieser Ereignisse waren:

Es gab eine Krise im Ostblock v.a. durch Normenerhöhung hervorgehoben

1952 eine Kursänderung in der internationalen Politik wurde durch Eisenhower und Churchill betrieben – „Rollback“ (Kalter Krieg)

Der Koreakrieg war auch ein Problem, dass v.a. die Westmächte nicht in den Griff bekamen.

Stalin war überzeugt dass der 3. Weltkrieg angezettelt wird entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet.

Finanzielle Mittel waren nicht vorhanden für die Aufrüstungspolitik, die Stalin forderte

Im Nov 1952 wurde der Aufbau des Sozialismus ausgerufen alle lebensverbessernden Maßnahmen, die bis dahin wirkten, wurden abgeschafft d.h. weitere Verschärfung der ohnehin schon schlechten Lebensbedingungen für die Menschen in der DDR

Erst im August 1953 wurde die Abschaffung der Reparationszahlung durch SU beschlossen, aber dieser Beschluss wurde nicht wirklich umgesetzt. Es gab dann andere Vereinbarungen nach denen gezahlt werden musste (z. B bei Handelstätigkeit u.a. mit Sonderkoeffizient 1 zu 24)

Die Verträge der Potsdamer Konferenz (Juni 1945) galten weiter. Die Archive in Moskau, zu dem Thema sind noch geschlossen.

Am 28./29.Mai 1953 wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) aufgelöst, ein „Hoher Kommissar“ eingerichtet, der nach der gleichen Struktur wie die Westmächte aufgebaut war. Die Kompromissbereitschaft wurde durch die SU damit angezeigt.

Es begann ein neuer politischer Kurs nach der 4 Staatenkonferenz, auf der Semjonow gewählt wurde Eine bürgerliche DDR sollte aufgebaut werden, das waren die Pläne der SU nach Stalins Tod

Hintergrundinformationen:

Eine Fülle von internationalen und europäischen, politischen Verwicklungen wirkte unmittelbar auf die Geschehnisse am 17. Juni.

Die Normenerhöhung wurde zurückgenommen, aber es gab dazu keine öffentliche Meldung im Rundfunk

obwohl alle damaligen Funktionäre diese Rücknahme bestätigten. Der Versuch die Information an die Medien zu bringen ist fehl geschlagen.

Bei den Aktionen in Magdeburg, sind z. B. alle Akten der Nürnberger Ärzteprozesse verschwunden Einseitig wurden von Moskau Vorgaben gemacht, die durch die DDR eingehalten werden sollten. U.a. mussten Rohstoffe teuer bezahlt werden. Bis zum Schluss, selbst unter Gorbatschow änderte sich das nicht.

Der Arbeiterprotest hat eigentlich die DDR gerettet, denn die Pläne waren schon geschmiedet, die DDR sollte an den Westen durch die SU verkauft werden

Diskussion/Fragen/Kurzantworten:

- Eigene Erfahrungen wurden in der Diskussion durch die Teilnehmer eingebracht. Die Entwicklung der Ereignisse zeigten die Losungen der Protestierenden. Erst hieß es „Stürzt die Regierung – später hieß es, hängt die Regierung“
- 1953 herrschte noch Kriegszustand, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz hatten ihre Gültigkeit.

- War es ein politischer Streik, den die Arbeiter geführt haben ?
- Politisch ja, aber ein geringer Wissensstand der Arbeiter war vorhanden, eine Rebellion ja, aber den 5 Punkte Plan der Forderungen hat Egon Bahr damals formuliert und der wurde über Rias bekannt gegeben.
- Die Intelligenz war „...wesentlich weiter im Denken als die damalige Regierung.“ (Brecht), sie hat 14 Punkte veröffentlicht (die Akademie der Künste auch), die heut für uns interessant sind, weil sie Schwerpunkte enthalten, die in unserer Tradition liegen und die Vorläufer des demokratischen Sozialismus waren.

- Bestand die Absicht von der SU, die Reparationskosten nicht mehr zu verlangen ?
- 1946 hat die BRD die Zahlung der Reparationen bereits eingestellt. Deshalb musste die DDR bezahlen/ 10 Mrd. musste sie allein tragen.

- Was wäre aus der DDR geworden wenn dieser Sturz gelungen wäre ?
- Spekulieren sollte man nicht, das bringt nichts.

- Wie kam es zur Bildung der Kampfgruppen ?
- Es war ein Ergebnis der Aufstände. Man wollte sich vor zukünftigen Zwischenfällen schützen.

Meinungen:

- Die Diskussion ist zu ausführlich, wir sollten uns auf inhaltliche Diskussionen über Schlussfolgerungen konzentrieren.
- Wie glaubwürdig ist rote Politik, warum wirft man uns diese Ereignisse immer wieder vor.

- Genau deshalb muss das auch gelernt und angehört werden der Vortrag ist genau richtig heut, nicht irgendwelche Thesen sollten wir in die Öffentlichkeit bringen, sondern es muss auch entsprechendes Hintergrundwissen da sein.
- Informationen sind umfassend von beiden Seiten zu bearbeiten nicht nur die DDR hat Schuld an den historischen Ereignissen (Rolle der SU)

- Bitte um Komprimierung der Informationen durch die Historiker in der Partei, damit entsprechende Foren die geplant sind mit ordentlichem Wissen vorbereitet werden, Kommunikation nutzen

- Die eigene Auffassung für die Bearbeitung der Themen ist wichtig, je nach Erfahrungen der Menschen ist die Verarbeitung ganz unterschiedlich.
- Eine Lebenshaltung ist entwickelt worden, die unterschiedliche Sichtweisen widerspiegelt.

- Die ideologische Besetzung historischer Themen ist nach wie vor aktuell, sie ist das Resultat ungenügender Faktenkenntnisse, Mythologien/ Geschichten entstehen, die eine ideologische Bewertung der Geschehnisse zur Folge haben.

- Die Bewertung der Ereignisse ist für uns auch wichtig, die Spannung zwischen Demokratie und Sozialismus wird sichtbar, kann Sozialismus als Staatsdoktrin, autoritärer Sozialismus war es in der Vergangenheit, überhaupt den Demokratieanspruch realisieren ??
- Das ist so eine Frage, die uns in dem Zusammenhang beschäftigt.

TOP 4 – Wahl der Sprecherinnen des Landesrates
Wahlleitung: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin

Anwesend sind 25 wahlberechtigte Mitglieder

- Wahl der Wahlkommission: Antje Feiks, Andreas Naumann, Dieter Gaitzsch, Elke Jung
- Mehrheitlich dafür 1 Stimmenthaltung

- Frauenliste: Saskia Berndt, Luise Neuhaus-Wartenberg
- Abschluss der Liste mehrheitlich zugestimmt

- Gemischte Liste: Michael Lauter, Holger Weidauer, Ralf Becker
- Abschluss der Liste mehrheitlich zugestimmt

- Vorschlag für die Größe des Sprecherinnenrates 4 Personen
- Mehrheitlich dafür 1 Enthaltung

- Vorschlag für die Verfahrensweise „Gewählt sind die, die eine einfache Mehrheit haben“
- Mehrheitlich dafür 2 Enthaltungen

- Es folgt die Vorstellung der Kandidaten

- Saskia Berndt hat eine schriftliche Vorstellung abgegeben, da sie nicht anwesend sein konnte.
- Alle anderen Kandidaten stellten sich mündlich vor.

Nach der Auszählung der Stimmen wurden in den Sprecherrat gewählt:

Michael-Alexander Lauter (21 ja Stimmen),
 Saskia Berndt (20 ja Stimmen),
 Luise Neuhaus-Wartenberg (18 ja Stimmen)
 Ralf Becker (13 ja Stimmen)

s. Wahlprotokoll v. 23.03.2013 (liegt im Landesvorstand vor)

TOP 5 – Auswertung der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 23. Februar 2013 , in Weinböhl
Gast: Rico Gebhardt, Landesvorsitzender Die Linke Sachsen

- Rücksprachen mit anderen LV haben weitere Erkenntnisse gebracht. Es gab Diskussionen mit Genossen, manche Aussagen, sind korrigiert worden durch diese Gespräche.
- Inhaltliche Widergabe der Gespräche und der Abstimmungen, die zu diesem Problem stattgefunden haben, durch Rico
- Ein Mitgliederentscheid (-begehren), wurde durch einzelne KV beantragt. Mit ihnen wurde direkt zu diesem Thema [Änderungen zur Sächsischen Verfassung/Schuldenbremse] gesprochen.
- Ergebnisse der Gespräche:
- Es findet kein Mitgliederentscheid (MGE) statt. Am 18.3. lagen 2 Anträge aus 4 KV vor
- Eine Beratung dazu fand statt am 21. März
- Alle Regeln wurden dazu besprochen – die Zeitschiene wurde besprochen 4 – 6 Wochen hätte es gedauert bis der MGE durch ist.
- Die Anhörung im Landtag ist am 6. Juni geplant
- Wir mussten feststellen, dass die Zeit bis dahin zu kurz ist, um nach dem MGE wieder an Verhandlungen teilzunehmen
- Unser Vorschlag ist, wenn das Gesetz [Sächsische Verfassung] mit den Veränderungen vorliegt, dann müssen wir noch einmal daran arbeiten.
- Wir können einen Landesparteitag zum Thema durchführen.
- LV + La Ra berufen den Parteitag ein, wenn es erforderlich ist evtl. im Juni 2013
- Die Diskussion soll aber andere Schwerpunkte haben, es geht nicht um das Gesetz sondern um die Arbeitsweise innerhalb der Partei, wenn solche Fragen anstehen.
- Das Zusammen agieren als Partei in, und mit, allen Gremien ist dort das Thema.
- Anlass ist die Verfassungsdiskussion, aber es müssen in dem Zusammenhang andere Dinge geklärt und besprochen werden.

- Diskussion:
- Der „kl. Parteitag“ fasst Empfehlungsbeschlüsse, es gibt eine gewisse Überbewertung des Ergebnisses
- Die Information für die Mitglieder war nicht ausreichend, vom Bundesausschuss den Standpunkt kannte auch keiner.
- Ein zweites Problem ist die Satzung, die nicht genau befolgt wurde bei den Anträgen. Wer kann MGE einberufen wer nicht ?
- Kurzantwort: Ordnung MGE der Bundespartei lässt das zu.

- Ein Missbrauch der MGE soll nicht zugelassen werden, vor Parteitag sollte ein MGE stattfinden, aber nicht danach, um Beschlüsse wieder zu kippen.

- Der gewählte Verfahrensweg auf dem „kl. Parteitag.“ Am 23. Februar zu beschließen, ist kritisch zu werten.
- Die Mitglieder waren überfordert und konnten keine Entscheidung treffen.
- Die Inszenierung die auf dem „kl. Parteitag“ stattgefunden hat, ist nicht i. O.

- Es ist sichtbar geworden das es Probleme bei der Verwendung von Terminologien gibt und die Kommunikation in der Partei nicht funktioniert.
- Ein Parteitag „kann“ einberufen werden, dass ist zu wenig Aussage. Klare Prämissen müssen gesetzt werden.
- Wann wird er einberufen ? „Die Linke“, als Gestaltungspartei und der Gesetzentwurf [Sächsische Verfassung], diese Themen sollen dort besprochen werden.

- Meinungen:
- Die Meinungsbildung des La Ra im Vorfeld war überhaupt nicht möglich.
- In Regionalkonferenzen/Basiskonferenzen und Mitgliederversammlungen muss über das

Verfassungsthema noch mal diskutiert werden.

- Zum ersten mal sind wir als Partei parlamentarisch gefordert, mussten schnell entscheiden, und dann haben wir dieses Ergebnis.
- Alles was hier abgelaufen ist müssen wir genau analysieren.
- Kommunikation vorher wäre besser gewesen.
- Der Beschluss zum kompletten Abbruch der Diskussion war unverständlich.
- Es wurde 8 Monate verhandelt und keine Information kam an die Basis es ist ein Fehler gewesen nicht rechtzeitig die Genossinnen einzubeziehen
- Schuldzuweisungen an andere Gremien sind abzulehnen, allerdings wir hätten die gestalterische Chance gehabt etwas anderes zu machen.

Zum Sachstand der Informationspolitik innerhalb der Partei zu diesem Thema:

- Fraktion und LV haben zusammen gearbeitet.
- Eine erste Information gab es zum Thema in der Sitzung des La Ra im Jan. 2013, aber nicht direkt auf diese Diskussion zugeschnitten, und den Stand der Verhandlungen
- Die allgemeine Information ist am 1. Febr. 2013 rausgegangen in Sachsen. Deshalb kann man nicht von Defizit sprechen.
- Allerdings sind die Infos nicht kompakt an alle gegangen, deshalb gab es viele Diskussionen nicht nur in Sachsen auch außerhalb (andere Bundesländer) meldeten sich.
- Die direkte Beteiligung an pol. Entscheidungen ist sehr gefragt bei der Basis es gibt praktische Probleme, das immer umzusetzen.

Weitere Fragen und Meinungen folgen:

- Bis jetzt ist nicht bei allen bekannt was die 8 Punkte von André Hahn sind, die im Zusammenhang mit der Sä. Verfassung stehen.
- Politische Folgen einer „Schuldenbremse“ in der Verfassung wurden nicht angesprochen. bzw. mir ist nichts diesbezüglich bekannt.
- Warum ist überhaupt mit Verfassungsänderungen begonnen worden.
- Problem bei der Sache ist eigentlich, das wir an Glaubwürdigkeit verlieren wenn dass so weiter geht.
- Im Nachgang sollten andere Punkte aus dem [8'er Angebot] weiter verhandelt werden.
- Welche 8 Punkte waren denn Gegenstand der Verhandlungen ?
- Die ganze Partei ist gegen die Schuldenbremse, ein Kompromiss, der das enthält ist nicht zustimmungsfähig.
- Der Versuch durch Verhandlungen in der Verfassung diese Auswirkungen zu mindern ist o. k. das muss aber dann klar an der Basis ankommen.

Antrag

- Ein Parteitag zum Thema ist nach den Regionalkonferenzen einzuberufen.
- Antrag wird behandelt
- Für und Gegenrede
- Die Situation ist entscheidend, wir müssen abwarten was die Diskussion in den Regionen bringt.
- Der Antrag wird nicht gestellt.

Erste Schlussfolgerungen:

- 1 Innerparteiliche Kommunikation verbessern
- 2 innerparteiliche Demokratie weiter entwickeln
- 3 Zusammenarbeit aller Gremien befördern und organisieren

TOP 6 – Bericht aus dem Landesvorstand

Referentin: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin

Der Bericht wurde nicht extra gegeben, Schwerpunkte sind im Rahmen der Diskussion zu TOP 5 mit angesprochen worden

TOP 7 – Bericht aus der Landtagsfraktion

Referent: Thomas Kind, Landtagsabgeordneter

Bericht aus der Fraktion kommt erst nächste Woche, im Rahmen der Diskussion zu TOP 5 wurden Schwerpunkte angesprochen und Informationen gegeben.

TOP 8 – Anträge, Sonstiges

In Plauen ist ein Naziaufmarsch geplant. Die Aktion „Vogtland – Nazifrei“, am 13 April, wird unterstützt. Dazu gibt es noch eine Einladung per Mail Verteiler

f. d. R.
Sprecherinnen des Landesrates

Dresden, 26. Januar 2013